



Liebe Leserinnen und Leser,

die Ampel verunsichert Millionen Eigentümer und Mieter. Der Grund: Das geplante, kurzfristige Verbot von Öl- und Gasheizungen, das die Ampel letzte Woche beschlossen hat. Wir dagegen wollen eine Wärmewende, die mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gelingt. Einseitig auf die Wärmepumpe zu setzen, führt in die energiepolitische Sackgasse und überfordert viele Haushalte.

Wir brauchen neben der Wärmepumpe die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wasserstoff über Holzpellets bis zu Wärmenetzen. Wir brauchen marktwirtschaftliche Instrumente und keine Bevormundungs- und Verbotspolitik. Die Wärmewende wird aber nur zum Erfolg, wenn wir die Menschen mitnehmen und keine Politik über ihre Köpfe hinweg machen. Dafür stehen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Herzliche Grüße,

Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB



Antrag der Union
Wolfsbestände
reduzieren

> S. 2



Verbraucherschutz
Schluss mit versteckten
Preiserhöhungen

> S. 5



Wahlrechtsreform
Union klagt vor
Verfassungsgericht

> S. 7

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Artenschutz: CDU/CSU-Fraktion bringt Antrag im Bundestag ein Wolfsbestände reduzieren



Am Mittwoch hat die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag zur Regulierung des Wolfsbestandes im Deutschen Bundestag zur Abstimmung gestellt. Dazu erklärte die umweltpolitische Sprecherin Anja Weisgerber:

„Es muss jetzt endlich Schluss sein mit der Verklärung von Wolf und Bär durch die Bundesumweltministerin. Große Raubtiere sind für den Menschen und Nutztiere gefährlich. Die Populationen von Wölfen wachsen ungebremst. Aktuell leben 1.500 bis 2.700 Wölfe in Deutschland. In Deutschland kommen sich Mensch und die Wölfe zunehmend zu nahe. 2021 wurden rund 3.500 Nutztiere vom Wolf getötet. Da hilft

keine Romantisierung. Da hilft nur die Jagd, um die Bestände zu kontrollieren. Die Bundesumweltministerin darf die Menschen im ländlichen Raum nicht im Stich lassen.

Wir wollen die bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zur Regulierung des Wolfsbestandes auf nationaler Ebene umfassend ausschöpfen. Mit 1.500 bis 2.700 Wölfen im Land ist der günstige Erhaltungszustand gegeben. Die Bundesregierung muss das endlich der EU melden. Denn nur so kann Brüssel den Schutzstatus herunterstufen. Und nur so kann der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen werden. Wölfe - und auch Bären - sind Raubtiere. Das Leid von Schafen, Ziegen und anderen Weidetieren, aber auch die Hilferufe von Weidetierhaltern, deren Tiere in Gefahr sind, dürfen nicht länger ignoriert werden.“

Robotik-Center in Schweinfurt: Hightech und Heimat

Eröffnung des Center Robotics CERi an der THWS in Schweinfurt. Ministerpräsident Markus Söder und Wissenschaftsminister Markus Blume hatten tolle Nachrichten dabei: Die Hochschule erhält 120 Mio. Euro für ein neues Gebäude für Robotik und 260 neue Studienplätze für Robotik. Das CERi hat sich zur Aufgabe gemacht, die Bedürfnisse der regionalen Unternehmen im Bereich der Robotik mit angewandter Forschung zu adressieren.





Habecks Heizungs-Irrsinn

Wir wollen das Verbot stoppen

Haben Sie eine Öl- oder Gasheizung? Dann sind auch Sie vom Heizungs-Irrsinn des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck betroffen. Dieser plant die Zwangsumrüstung in deutschen Heizungskellern – lässt die Menschen aber mit Kosten, Fristen und technologischen Lösungen alleine.

Schon in den ersten Tagen nach dem Ausstieg aus der Kernenergie musste Deutschland Strom aus dem Ausland zukaufen. Dieser stammt zumeist aus Kern- oder Kohlekraftwerken unserer



Nachbarländer und ist teuer. Die Energiepolitik der Ampel ist unser Fail der Woche!

Vergangene Woche hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf für ein Verbot von Öl- und Gasheizungen ab 2024 beschlossen. Minister Habeck hält diese Zwangsumrüstung, die Millionen von Mietern und Eigentümern betreffen wird und horrenden Kosten verursacht, für eine Maßnahme des „Verbraucherschutzes“.

Scharfe Kritik dazu auch aus der CSU im Bundestag: Dass Habeck sein Heizungsverbot als Verbraucherschutz bezeichnet ist selbst für diese Verbots-Ampel ein einmaliger

Vorgang. Habeck zwingt die Menschen zum Heizungsumbau – und lässt sie dann bei Kosten, Fristen und technologischen Lösungen vollkommen allein. Keiner weiß, woher die Handwerker, der Strom und die Technologie kommen sollen, um dieses Heizungsverbot umzusetzen. Dieser Verbotsirrsinn muss gestoppt werden.

Die Ampel setzt bei ihrem Heizungsverbot voll auf die Wärmepumpe – dabei ist diese Technologie bei hohen Strompreisen sehr teuer, nicht für jedes Gebäude geeignet und auch nur dann klimafreundlich, wenn sie mit Ökostrom betrieben wird. Wir als CSU im Bundestag wollen eine Wärmewende, die die Bürger mitnimmt: bezahlbar, realistisch und technologieoffen. Habecks Heizungsverbot lehnen wir klar ab.



Die Kernenergie in Deutschland ist nach dem Willen der Ampel Geschichte. Die letzten drei Meiler sind vom Netz genommen worden. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, erleben wir einen weiteren energiepolitischen Irrweg der Ampel. Die Grünen feiern, FDP und Olaf Scholz schweigen und unser Land steuert auf einen Energie-Kollaps zu.

Das Abschalten der Kernkraftwerke ist und bleibt ein schwerer Fehler, der sich bitter rächen kann. Wir fordern deshalb jetzt einen Drei-Punkte-Plan: Rückbau stoppen, Brennstäbe bestellen, Personal halten. Die ersten Tage ohne Atomstrom haben bereits gezeigt: Wenn der Energiebedarf hoch ist, ist unser Land schon jetzt auf Strom aus dem Ausland angewiesen. Falls der nicht zur Verfügung steht, werden wir Blackouts erleben.

→ Kennen Sie schon Habecks Heizungs-Labyrinth? Hier finden Sie es: https://www.csu-landesgruppe.de/sites/default/files/2023-04/Habecks%20HeizungsLabyrinth_2.pdf

Facebook-Live zum Heizungs-Verbot am 9. Mai

Zum aktuellen Thema „Habecks Heizungs-Irrsinn: Was kommt auf die Eigentümer zu?“ gibt es ein Facebook-Live, am Dienstag, 9. Mai 2023, von 18 bis 19 Uhr, auf der Facebook-Seite von Anja Weisgerber (<https://www.facebook.com/anjaweisgerber>).

Wir beantworten die wichtigsten Fragen zu diesem Thema mit Dr. Andreas Lenz, Fachpolitischer Sprecher für Energie der CSU im Bundestag und Dr. Anja Weisgerber, Umweltpolitische Sprecherin der CSU im Bundestag.

Fragen können Sie vorab schon per E-Mail einreichen unter der Adresse anja.weisgerber@bundestag.de.

#ANJAONAIR

Facebook-Live

**HABECKS HEIZUNGS-IRRINN
WAS KOMMT AUF DIE
EIGENTÜMER ZU?**

mit Dr. Andreas Lenz, Sprecher für Energie der CSU im Bundestag und Dr. Anja Weisgerber

Dienstag, 9. Mai 2023, 18 - 19 Uhr

Fragen vorab an anja.weisgerber@bundestag.de

CSU
Näher am Menschen

Wir freuen uns, wenn Sie mit dabei sind.

→ Hier geht es direkt zur Veranstaltung auf Facebook: <https://fb.me/e/5NI3Vcm93>



Verbraucherschutz

Schluss mit versteckten Preiserhöhungen

Der Bundestag debattierte diese Woche über einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Problem verdeckter Preiserhöhungen. Dazu erklären die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Anja Weisgerber, und der zuständige Berichterstatter Volker Mayer-Lay:

Anja Weisgerber: „Der Verbraucherschutz spielt bei dieser Bundesregierung überhaupt keine Rolle. Daher füllt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese Lücke, indem sie gegen versteckte Preiserhöhungen vorgeht. Wenn Neuauflagen von Produkten fast gleich aussehen und genauso viel kosten wie vorher, aber der Inhalt reduziert wird, dann geht uns das eindeutig zu weit. Vor solchen Entwicklungen müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher gerade in Zeiten hoher Teuerungsraten geschützt werden: nicht durch Verbote, sondern durch mehr Transparenz – beispielsweise mit digital verfügbaren Informationen über geänderte Inhaltsmengen.“

Volker Mayer-Lay: „Schluss mit versteckten Preiserhöhungen! Stattdessen mehr Ehrlichkeit und Transparenz im Supermarkt. Hierzu gehören vollgefüllte Verpackungen und klar nachvollziehbare Preise - ohne versteckte Teuerung. Dies schützt nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch die Umwelt. Aus diesem Grund haben wir einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. Die größte Mogelpackung Deutschlands ist aber die Ampelkoalition, denn sie lässt, entgegen ihren Ankündigungen, die Verbraucherinnen und Verbraucher im Stich.“



→ Im Rahmen der Antrags-Debatte im Bundestag hat Anja Weisgerber eine Rede gehalten. Diese können Sie hier anschauen:

<https://youtu.be/tVQsfQiEP1Q>



Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik Kommunen bei Migration unterstützen

Am 30. März 2023 haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion Entscheidungsträger der kommunalen Ebene nach Berlin eingeladen. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte aus ganz Deutschland kamen parteiübergreifend beim Kommunalgipfel zusammen, um über die aktuelle Flüchtlings- und Migrationslage zu diskutieren. Auch aus dem Bundeswahlkreis Schweinfurt waren Kommunalpolitiker in Berlin vor Ort.



Aus den Beiträgen der Kommunalpolitiker wurden zwei Punkte deutlich: Erstens ist die Bereitschaft, geflohenen Menschen in Not beizustehen, überall in unserem Land nach wie vor groß. Zweitens ist aber festzustellen, dass die faktischen Ressourcen für die Aufnahme weiterer Asylbewerber an ihre Grenzen stoßen.

Es fehlt an mehr als nur an Geld: Es mangelt an Wohnraum, Kinderbetreuung und Kapazitäten in Behörden und Schulen.

Auf wirksame Hilfe der Bundesregierung konnten die Kommunen bisher nicht zählen: Die beiden „Flüchtlingsgipfel“ bei der Bundesinnenministerin blieben ohne Ergebnis. Gemeinsam mit den Kommunen stehen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Ziel von Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir teilen die Sorge der Kommunalpolitiker um die Akzeptanz des Asylsystems.

Deshalb haben wir im Nachgang zum Kommunalgipfel einen Leitantrag für diese Sitzungswoche mit den Kommunen erarbeitet und abgestimmt. Darin fordern wir: Die Migrationspolitik muss endlich Chefsache innerhalb der Bundesregierung werden.

Die Bundesregierung hat es in der Hand, die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, spürbar zu reduzieren und zu steuern. Auch muss der Bund den Kommunen bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen. Nur so können wir die Kommunen entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige erhalten.

→ Hier geht es zu unserem Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/065/2006540.pdf>



Wahlrechtsreform: Union klagt vor dem Bundesverfassungsgericht

Angriff auf die Demokratie

Die Wahlrechtsreform der Ampel ist ein Angriff auf die Demokratie, die CSU, Bayern insgesamt und auch auf die Union als Ganzes. Die Ampel versucht damit, die Stimmen unserer Wählerinnen und Wähler zu manipulieren.



Die Ampel will direkt gewählten Wahlkreisgegnern den Einzug in den Bundestag verweigern. Das neue Wahlrecht entwertet damit die Erststimme als Bürgerstimme für den örtlichen Direktkandidaten und stellt die repräsentative Demokratie in Deutschland auf den Kopf.

Außerdem will die Ampel die Grundmandatsklausel abschaffen. Diese ist seit 1949 Ausdruck des Föderalismus und der Rationalität unseres Landes. Jetzt kann es sein, dass eine Partei, selbst wenn sie alle Wahlkreise in einem Bundesland gewinnt, nicht mehr in den Bundestag einzieht, weil sie bundesweit nicht über 5 Prozent liegt. Das schwächt die regionale und föderale Repräsentation und ist verfassungswidrig. Deswegen werden wir dagegen beim Bundesverfassungsgericht klagen. Dazu haben wir in der Landesgruppe der CSU die Vollmacht gegen die Wahlrechtsreform der Ampel unterzeichnet.

Volles Haus beim Frühlingsempfang mit Markus Söder

Von Frühlingsempfang von CSU und JU gehen klare Botschaften aus: Die Politik der Ampel schadet der Wirtschaft und geht vollkommen an der Realität der Menschen vorbei. Das geplante Heizungs- und Verbrennerverbot belastet und benachteiligt hier vor allem die Bevölkerung im ländlichen Raum. Der Länderfinanzausgleich ist völlig ungerecht und deswegen wird Bayern dagegen klagen. Wir sind in Bayern so erfolgreich auch wegen der CSU, darauf sind wir stolz und es ist unser Anspruch und Motivation auch die kommenden Aufgaben mit voller Kraft gemeinsam anzugehen.



→ Fotos und ein Video der Rede von Markus Söder finden Sie hier: <https://www.csu.de/verbaende/kv/schweinfurt-land/meldungen/2023/markus-soeder-beim-fruehlingsempfang-von-csu-und-ju/>



Parteitag der CSU am 6. Mai in Nürnberg

Entwurf für Grundsatzprogramm steht

Ein wichtiger Meilenstein: Der CSU-Parteivorstand hat in seiner Sitzung den Vorschlag für das neue Grundsatzprogramm einstimmig auf den Weg gebracht.

Für mich ist wichtig: Wir als CSU wollen unser Wachstum nachhaltiger gestalten. Verzicht, Verbote und Minus-Wachstum sind der falsche Weg. Unsere Antwort ist, die Soziale Marktwirtschaft zu einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft zu machen. Und die CSU ist die Partei der Familien: Wir stehen für eine Willkommenskultur für Kinder. Ich freue mich auf die Beratungen und die Beschlussfassung auf dem Parteitag in Nürnberg.



→ Am 6. Mai 2023 finden Sie hier den Livestream aus Nürnberg sowie alle Informationen rund um den Parteitag der CSU: <https://www.csu.de/parteitag-nuernberg/>

Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Tel.: 030 227-79344
Fax: 030 227-76343
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17
D-97424 Schweinfurt
Tel: 09723 934370
Fax: 09723 934385
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen in den sozialen Medien.



Bildnachweis: Titel Tobias Koch (Portrait); S. 2 DBT / Ute Grabowsky/ photothek.net (Reichstag); S. 3 DBT (Screenshot); S. 4 Pixabay (Wolf); S. 5 Pixabay (Medikamente); S. 6 Büro MdB Weisgerber (Grüne Woche); S. 7 CSU (Klausurtagung), Büro MdB Weisgerber (Lindner NORIT); S. 8 Tobias Koch (Stellenausschreibung)